

Die Zeitung erscheint
täglich,
Vormittags 11 Uhr,
mit Ausnahme der Sonntage
und Festtage.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
1 Thlr. Preuss. Cour.

Expedition:
Arantmarkt N 1052.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. C. Effenbart.

No. 204. Mittwoch, den 11. Oktober 1848.

Deutschland.

Berlin, 9. Oktober. 70ste Sitzung der National-Versammlung. Das Protokoll wird vorgelesen. Eine Königl. Botschaft wird mitgetheilt, welche das neulich angekündigte Gesetz über Abänderung der §§. 151 ff. II. 20 A. L.-R. (Erregung von Mißvergüngen) vorlegt. Mehrere Urlaubsgesuche werden bewilligt. Präsident: Das Bürgerwehrgesetz sollte heute in seiner neuen Redaktion vorgelesen werden; ich habe aber gegen den Referenten den Wunsch ausgesprochen, daß es vorher in der Form, wie es umgearbeitet worden, gedruckt wird. Referent: Im Namen der Central-Abtheilung trage ich die Bedenken vor, die bei der neuen Redaktion aufgestoßen sind. Zuerst bei der feierlichen Versicherung, welche §. 7 von jedem Bürgerwehrmann fordert, ist das Bedenken aufgestoßen, daß auf die Verfassung nicht eine Versicherung abgeleistet werden kann, bis die Verfassung fertig ist. Die Central-Abtheilung schlägt deshalb einen Schlussparagraphen vor, des Inhalts: §. 7 bleibt ausgefetzt bis zur Vollendung der Verfassung. (Ruf von der Linken: Das ist unzulässig! Lärm.) Präsident: Wer Bedenken hat, möge das Wort ergreifen. Lemme und Waldeck weisen aus der Geschäftsordnung nach, daß das Verfahren der Central-Abtheilung unzulässig ist. Stein: Wollen Sie alle unpraktischen und unausführbaren Bestimmungen des Gesetzes suspendiren, so rathe ich Ihnen, lieber das ganze Gesetz zu verwerfen! (Bravo, Gelächter.) Präsident: Heute Morgen ist mir eine Petition übergeben worden von Seiten des Bürgerwehrkommando's, welche die beantragte transitorische Bestimmung erbittet. Ich habe dieselbe der Central-Abtheilung überwiesen. Lemme: Es ist im Sinne der Bürgerwehren des ganzen Landes, daß das ganze Bürgerwehrgesetz verworfen wird. (Bravo, Lärm.) — Präsident: Es ist mir ferner heute eine Adresse von 62 Kompagnieen der Breslauer Bürgerwehr zugegangen, welche die Verwerfung des ganzen Gesetzes verlangt. Ich habe dieselbe auf dem Sekretariat niedergelegt; eben so eine Adresse, die mir der Abgeordnete Waldeck so eben von der 82sten Kompagnie hiesiger Bürgerwehr übergeben hat. — Der Minister des Innern: Sie haben das Bürgerwehrgesetz in seinen einzelnen Paragraphen berathen als ein Gesetz, das wesentlich beitragen soll zur Erhaltung der Sicherheit und Ordnung des Staates. Die Central-Abtheilung hat gefunden, daß ein einzelner Paragraph nicht ausführbar ist. Es ist Ihnen ein Vorschlag gemacht worden, der das Wesen des Gesetzes nicht angreift. Ich glaube, das Geschäftsreglement, worüber ich Ihnen zunächst die Entscheidung anbeingebe, wird einen solchen Zusatz gestatten, Ich bitte Sie, ihn zu Gunsten eines Gesetzes, das von der Majorität hoch geachtet wird (Zischen) anzunehmen. Präsident: Um dem Formfehler zu begegnen, will ich anheimsstellen, ob die Versammlung den Bericht der Central-Abtheilung drucken lassen will, und ob ich ihn demnächst auf die Tagesordnung setzen soll. — Die Frage ist verneint. — Der Vorschlag kommt also sofort zur Diskussion. Waldeck: Eine Diskussion ist darüber völlig unzulässig. Präsident: So stelle ich ausdrücklich die Frage darauf. — Die Frage ist bejaht. Nach wenigen Bemerkungen wird die Debatte geschlossen und die transitorische Bestimmung in Betreff des §. 7 genehmigt. Referent: Die Central-Abtheilung schlägt ferner vor, die Zusätze zu §§. 104 und 105 wieder aufzuheben, weil sie in Widerspruch mit den zu §. 90 beschlossenen Zusätzen stehen. Dierschke: Wenn ferner über Abänderungen debattirt wird, so werde ich gleich vorschlagen, das ganze Gesetz von §. 1. an noch einmal zu debattiren. (Bravo, Gelächter.) — Der Zusatz zu §. 104 wird gestrichen, der zu §. 105 nicht. — Nach einigen persönlichen Bemerkungen zwischen den Abgeordneten Wachsmuth, Dierschke und Moritz wird der Gegenstand verlassen. — Präsident: Wir kommen nun zur weiteren Abstimmung über das Jagdgesetz. Das erste Alinea des §. 1: „Jedes Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden ist ohne Entschädigung aufgehoben“ ist bereits angenommen. Es kommt nun, da der Abgeordnete Duncker sein Amendement zurückgezogen hat, das Amendement Grobdeck und Schulze zur Abstimmung. Es wird unter großem Tumult verworfen. Eben so ergeht es den andern Amendements, welche eine Beschränkung des allgemeinen Prinzips bezwecken. Einstimmig wird darauf das zweite Alinea des §. 1 angenommen: „Die bisherigen Abgaben und Gegenleistungen des Berechtigten fallen ebenfalls weg.“ Bei der namentlichen Abstimmung über das Kirchmannsche Amendement: Dasjenige, was von den Berechtigten für das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden erweislich an den Eigenthümer vertragsweise gegeben worden ist, muß, in soweit der Eigenthümer noch der Vertragschließer oder der Erbe dieses ist, zurückgegeben werden, wird es mit 182 gegen 162 Stimmen verworfen. Sodann wird §. 2 angenommen: „Eine Trennung des Jagdrecht von Grund und Boden kann als dingliches Recht künftig nicht stattfinden.“ — Zur Verathung kommt §. 3 des Gesetz-Entwurfs: „Die

Ausübung des Jagdrechts unterliegt den in diesem Gesetze vorgeschriebenen Beschränkungen. — Die Jagdbenutzung durch Dritte gereicht jedoch ebenfalls den einzelnen Grundbesitzern zum Vortheil nach Verhältnis der hergegebenen Flächen.“ Amendement Bornemann: Das Jagdrecht steht dem Eigenthümer des Grund und Bodens zu, welcher dasselbe in jeder an sich erlaubten Art, das Wild zu jagen oder zu fangen, ausüben darf. Den benachbarten Eigenthümern bleibt überlassen, ihre Grundstücke zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk zu verringen und die Jagd durch öffentliche Verpachtung oder durch einen gemeinschaftlichen Jäger auszuüben, oder auch gänzlich ruhen zu lassen. Kein Grund-Eigenthümer kann aber zu einer solchen Vereinbarung genöthigt werden. — Das Amendement wird angenommen. Dadurch fallen die §§. 3 — 6, 9 — 10 des Gesetz-Entwurfs fort und es stehen nur noch zur Diskussion die §§. 7, 8 und 11. — §§. 7, 8 und 11 lauten: In allen Festungswerken ist allein die Militär-Verwaltung befugt, die Jagd durch besonders dazu ermächtigte Personen ausüben zu lassen. Außerhalb dieser Werke, desgleichen um die Pulvermagazine und ähnliche Anstalten werden, auf Kosten der Militär-Verwaltung, Umkreise oder Rayons von zusammenhängender Fläche gebildet und bezeichnet, innerhalb welcher die Jagd mit Feuerwaffen nicht ausgeübt werden darf, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von 5 bis 20 Thalern, oder im Unvermögensfalle, eines verhältnißmäßigen Gefängnisses. Das Maximum der Entfernung der Außenlinie von den ausstrahlenden Winkeln des Glacis, der Pulver-Magazine und ähnlicher Anstalten wird auf 300 Schritte festgesetzt. Die Abgrenzung erfolgt gemeinschaftlich von der Festungs-Behörde, einem Deputirten des Stadtvorstandes und einem der Kreisvertretung. §. 8. Wenn Rücksichten auf die allgemeine Sicherheit einer Festung es erfordern, so soll dem Kommandanten, jedoch nur in Uebereinstimmung mit dem Stadtvorstande, das Recht zustehen, innerhalb des ersten Festungsumkreises oder Rayons, so wie des Umkreises der abgesonderten Werke, die Ausübung der Jagd mit Schießgewehren zeitweilig zu untersagen, wennleich die Festung noch nicht in Belagerungszustand erklärt sein sollte. §. 11. Bei Ausübung der Jagd sind sowohl die allgemeinen polizeilichen Vorschriften, als die bestehenden jagdpolizeilichen zu beachten. Die Jagdfolge ist jedoch aufgehoben; auch fallen die Jagd-Legitimations-scheine und Waffenscheine weg. Den Jagdvorständen steht es frei, für die Jagdausübung besondere, den Ortsverhältnissen angemessene Bedingungen festzustellen. Wer durch richterliches Erkenntniß entweder des Waffenrechts verlustig erklärt, oder unter polizeiliche Aufsicht gestellt ist, darf als Jagdpächter nicht zugelassen werden. Ein Gleiches tritt ein, für die Dauer von 5 Jahren vom Tage des Urtheils, gegen denjenigen, welcher wegen eines auf fremder Jagd verübten Jagdrevells bestraft ist. Amendement Bornemann §. 4: Die Eigenthümer sind in der Ausübung des Jagdrechts nur durch die allgemeinen und durch die besondern jagdpolizeilichen Vorschriften zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und zur Schonung der Feldfrüchte beschränkt. (Angenommen.) — Amendement Bornemann §. 5: Den Anfang und das Ende der Zeit, binnen welcher die Jagd zur Schonung der Feldfrüchte geschlossen ist, hat die Landes-Polizeibehörde alljährlich zu bestimmen und durch die Amtsblätter bekannt zu machen. Während dieser Zeit ist es jedoch erlaubt, auf Seen und Teichen, so wie in Wäldern zu jagen, und das Wild mit Werkzeugen einzufangen, welche den Feldfrüchten nicht schädlich sind. Stenuthiere, Hirsche, wilde Schweine und Rehe können, wenn sie auf Felder übertreten, auch während dieser Zeit von den Eigenthümern dieser Felder geschossen werden. (Verworfen.) — §. 7. des Entwurfs wird angenommen, §. 8 verworfen. §. 12 wird in folgender Form angenommen: Statt der ersten Alinea das Amendement Schulze (Delitzsch und Banzenleben). „Das gegenwärtige Gesetz tritt sofort in Kraft.“ Angenommen wird ferner das Amendement Dehnell. Alle schwebenden Jagd-Kontraventions-Prozesse sind vom Tage der Publikation dieses Gesetzes aufgehoben und die Kosten niedergeschlagen. §. 13, der die dem neuen Jagdgesetz entgegenstehenden Bestimmungen aufhebt, wird ohne Diskussion angenommen. (Schluß 2 1/2 Uhr.)

Auch der Herr v. Vinke ist nunmehr als Abgeordneter für die hiesige Nationalversammlung und zwar in dem Kreise Preussisch-Stargardt (in Westpreußen,) wo der bisherige Abgeordnete Richter sein Mandat niedergelegt hatte, gewählt worden, und hat an seine hiesigen Freunde geschrieben, daß er innerhalb acht Tagen hier einzutreffen gedenke, um wirklich in die Kammer einzutreten, da er, ebenso wie viele andere preussische Abgeordnete, sich von Frankfurt nach den dortigen traurigen Ereignissen hinwegsehne. (Nach. Ztg.)

Posen, 8. Oktober. Von der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung ist heute Morgen eine Adresse an das Staatsministerium nach Berlin gesandt worden, worin um Beibehaltung des Belagerungszustandes gebeten wird. Am Schluß der Adresse heißt es: Haltung und Mäßigung der

Gemüther sind durch die Erklärung des Belagerungszustandes hauptsächlich aufrecht erhalten worden, wie dies ohne weiteren Beweis der bisherige Erfolg am Besten dargethan hat. Weshalb also diesen friedlichen Zustand absichtlich stören? Im Interesse der Stadt wünschen und fordern wir, die gesetzlichen Vertreter derselben, demnach um so mehr das Fortbestehen des Belagerungszustandes, als der Verkehr und die persönliche Freiheit dadurch in Nichts gestört wird, und wir in diesem Zustande nur eine moralische Einwirkung erblicken, wie sie eben für unsere Verhältnisse paßt. Wir bedauern, daß diese Angelegenheit in der National-Versammlung mit Rücksicht auf die in Köln obwaltenden Verhältnisse, die dort ganz anderer Natur sind, zur Sprache gebracht ist und würden es für alle Theile der hiesigen Bevölkerung besser und weiser gefunden haben, wenn man darüber für jetzt geschwiegen hätte. (Voss. 3.)

Zwickau, 6. Oktober. Die Verhaftung eines vielleicht etwas zu freisinnigen Soldaten Namens Fras vom hiesigen Regiment, führte heute gegen Abend eine Menge Soldaten vor das Quartier des Majors v. Hake, welche die Freilassung ihres angeblich unschuldigen Kameraden verlangten. Da diesem Ansinnen nicht Genüge geleistet wurde, zogen sie in ihre Kaserne und kamen mit einbrechender Dunkelheit in Massen auf den Markt und von da vor die kommunale Frohnstube und verlangten stürmisch die Freilassung. Stadtrath Thost ermahnte den durch Civilisten vermehrten Soldatenhaufen zu gesetzlichem Benehmen und versprach, sich beim Kommandanten für den Gefangenen zu verwenden. Inzwischen wurde Generalmarsch geblasen. Die Militärbehörde erklärte jedoch, das Verbrechen des Soldaten sei von der Art, daß er nicht freigegeben werden könne. Die nochmalige Aufforderung, sich ruhig zu zerstreuen, war erfolglos, mit wildem Schreien forderten die Tumultuanten, jetzt mehr Civilisten als Soldaten, ihren gefangenen „Bruder“, und bereits wurden Steine gegen die Thür der Frohnstube geworfen. Zum Schutze des kommunalen Eigenthums wurde nun, ungefähr halb 8 Uhr die Kommunalgarde zusammengerufen; ehe sie aber, die überhaupt diesmal leider schwach erschien, beisammen war und einschreiten konnte, war bereits das Gefängniß erstürmt, während das in unmittelbarer Nähe aufgestellte Militär dem verbrecherischen Treiben ruhig zusah. Endlich war Fras befreit und wurde unter lautem Privatgeschrei davon geführt. Gegen die ziemlich große Anzahl von Soldaten, welche sich bei dem Sturme betheiliget haben, wird strenge Untersuchung nicht ausbleiben. Der Abend ist ohne weitere Störung vorübergegangen. (R. 3.)

Stuttgart, 4. Oktober. Die heutige Sitzung der Kammer der Abgeordneten war in hohem Grade interessant, indem eine Interpellation die Minister zu einer unumwundenen Darlegung ihrer Ansichten und des Regierungssystems veranlaßte, andererseits eine große Anzahl Abgeordneter über ihre politischen Ueberzeugungen mit aller Offenheit sich aussprach. Die Verhandlungen selbst aber nahmen die Wendung, daß die Minister, zumal da auch noch keine eigentlichen Parteien sich gebildet haben, von der ganzen Kammer gewissermaßen ein Vertrauensvotum erhielten. Der Abgeordnete Becher verlangte nämlich, daß, da die wegen der jüngsten Unruhen im Lande vorgekommenen Truppenbewegungen eine gar zu große Steuerlast aufbürdeten, um die Gründe zu diesen Maßregeln zu prüfen, die Akten über die Truppensendungen in Württemberg auf den Tisch des Hauses niedergelegt würden. Ihm antwortete zuerst der Chef des Kriegsministeriums, v. Rüppell, mit der Bemerkung, daß er sich rückhaltlos dem System der Männer angeschlossen habe, die er seine Kollegen zu nennen die Ehre habe. Nach ihm gab Staatsrath Römer Aufschlüsse zunächst über den anarchischen Geist in der Stadt Hall, wo eine Anzahl Bürger bewaffnet habe ausziehen wollen, um an dem Attentat in Frankfurt zur Unterstützung der Linken Antheil zu nehmen, ebenso um mit Waffen in der Hand nach Rannstadt und Stuttgart zu ziehen. Er erkläre, sobald ähnliche Versuche in anderen Orten des Landes auftauchen, werde auf dieselbe Weise militärisch eingeschritten werden. Bei der Freiheit gewisser Parteien sei es hohe Zeit, daß die Regierung nicht länger zusehe; dem Verlangen, die Papiere vorzulegen, könne bei noch schwebender Untersuchung nicht stattgegeben werden, deren Resultat aber solle zur vollen Deffentlichkeit gebracht werden. Ueber Reaktionsgelüste endlich sei das württembergische Ministerium erhaben, und sollten solche ihm insbesondere gemacht werden, so werde er dies nicht hier beantworten, sondern als eine persönliche Beleidigung hinnehmen, eine Versicherung, welcher Staatsrath Duvernoy für seinen Theil hinzusetzte, er habe um keine Gunst, weder nach oben noch nach unten. Hr. Strauß vertheidigt das Ministerium; Abgeordneter v. Hornstein vertheidigt die konstitutionelle Monarchie. Zwei Abgeordnete aber sprachen sich eben so unumwunden im entgegengesetzten Sinne aus: Becher, welcher sagte, ich nehme den Hand-schuh auf, ich sage es geradezu heraus, ich bin Republikaner, ich halte die Revolution nicht für vollendet, mein Ideal ist die Republik, einer Tendenz, zu untergraben was besteht, bin ich mir nicht bewußt! und Scheer, welcher gestand, daß er sich auch unter die Verbrecher zähle, welche Republikaner heißen. Kanzler v. Wächter aber sprach das Bewußtsein der weit überwiegenden Mehrheit der Kammer aus, indem er volles Vertrauen auf das jetzige Ministerium bezeugte, welches dem entschiedensten Fortschritt huldige, an der konstitutionellen Monarchie festhalte, mit Entschiedenheit der Anarchie entgentrete. Auf diese Weise kam es, daß der Antrag, über die Interpellation zur Tagesordnung überzugehen, mit allgemeiner Zustimmung angenommen wurde, nachdem nicht ein Mitglied einen Tadel über die Regierungsmassregeln ausgesprochen, und der Interpellant selbst sein Verlangen auf Prüfung der Schritte der Minister als ein unzeitiges zurückgezogen hatte, so daß die ganzen Verhandlungen zur vollständigen Genugthuung des Ministeriums gereichen mußte. (N. D. 3.)

Frankfurt, 6. Oktober. In Bezug auf die „Ansprache der Linken an das deutsche Volk“ bringen die „Flugblätter aus der deutschen National-Versammlung“ folgende

„Antwort deutscher Bürger auf die Ansprache der Linken.“
Die Ereignisse des 18. September in Frankfurt haben ein Gewebe von Lug und Trug zerrissen, womit Sinn und Verstand des deutschen Volkes seit Monaten umspunnen und getrübt worden war. Vereine, Versammlungen, die Presse, alle Freiheitsrechte, welche die Nation in der großartigen Märzperlebung errungen hatte, um durch weisen Gebrauch derselben ihr Wohl zu begründen, — alle diese Rechte waren schändlich mißbraucht worden, um Religion und Sitte, Gesetz und Recht zu untergraben, um den Bau eines freien und glücklichen Vaterlandes zu fördern und auf Blut und Trümmern die Gewaltthätigkeit ehrsüchtiger Volkstyrannen aufzurichten. — Diese Menschen verachten den Willen der Nation und nennen

sich Volksmänner; ihre Spießgesellen heißen sie das Volk; wer ihrem verderblichen Lügen und Hegen mit Ernst und Wahrheit entgentret, um die heiligsten Güter der Menschen, um Freiheit und Ehre, um das geliebte Vaterland vor dem drohenden Verderben zu retten, den schimpfen sie Volksverrätter. Freiheit bedeutet bei ihnen — Straflosigkeit für Verbrechen; Einheit knechtische Unterwerfung unter ihren Willen. — Das sind die nämlichlichen Menschen, welche bei dem Vor-Parlamente einen Theil der Mitglieder aus der Paulskirche entführten, weil ihr unsinniges Treiben an der Mehrheit redlicher Patrioten scheiterte; welche dann den blutigen Aufruhr in Baden anfauchten, um, gestützt auf den Zuzug fremden Gesindels und versehen mit ausländischem Gelde, den Zusammentritt der frei gewählten National-Vertretung zu hintertreiben; welche seither unablässig bemüht waren, in Stadt und Land die Gemüther zur Gewaltthat, zu Raub und Mord zu entflammen, und die Besten im Volke als Opfer für die Mordlust ihrer Bande zu bezeichnen. Endlich — so wägen sie — werde doch ihrem Ehrgeiz und ihrer Habgucht das Ziel der Befriedigung winken; wenn Bildung und Tüchtigkeit, wenn Fleiß und Wohlstand in dem Abgrunde begraben, wenn Rohheit und Niederlichkeit die Oberhand gewonnen, — dann werde ihnen Niemand mehr die Herrschaft und die Beute streitig machen. — Die Reichsversammlung zu vernichten, durch List oder Gewalt, war von Anbeginn das Strebeziel dieser sogenannten Volksmänner. Ihren Absichten blühte kein Erfolg, so lange die Nation zu der pflichtgetreuen Mehrheit ihrer frei gewählten Vertreter stand. Daher wurden die Beschüsse der Reichsversammlung entstellt, ihre Mitglieder verdächtigt, ihre Verhandlungen durch herbeigerufene Notten gestört. Um das Verfassungswerk zu verzögern, wurden ungehörige Anträge eingebracht, nutzlose Verhandlungen angeregt, lügenhafte Reden stundenlang ausgesponnen, zeitraubende Abstimmungen mit Namensaufruf verlangt. Wer nicht mit den Volksführern stimmte, der wurde geächtet und auf die Mordliste gesetzt. — Da ward am 26. August der Waffenstillstand mit Dänemark zu Malmö geschlossen, und an ihm ward alle Kunst der Lüge geübt, um ihn zur Klippe zu machen, an welcher die Zukunft des Vaterlandes scheitern und die Trümmer seiner Hoffnung den Strandräubern zufallen sollten. Der Waffenstillstand von Malmö! Niemand hat ihn gelobt, Jeder erkannte, daß große Fehler begangen worden. Allein diesen Vertrag auszubenten, um das Volk zu belügen, sein edles Ehrgefühl zu mißbrauchen, einen anheilbaren Bruch zwischen dem Norden und Süden von Deutschland herbeizuführen, gleichgültig einen europäischen Krieg zu entzünden und den schrecklichen Bürgerkrieg durch alle Gauen des Vaterlandes zu tragen — solcher teuflischen Pläne waren nur die sogenannten Volksmänner fähig. Die Ehre Deutschlands — sie trieben damit ein schnödes Spiel; die Rechte der Herzogthümer — sie spotteten derselben; die Einheit und Freiheit Deutschlands — sie ward freihhaft dem Untergange geweiht. Leider gaben auch viele redliche und wohlgestante Männer dem Eindrucke des ersten Augenblickes nach, und eine Mehrheit von 17 Stimmen beschloß am 5. September, ohne nähere Prüfung, dem Vollzug des Waffenstillstandes Einhalt zu thun. Da jubelte das böse Prinzip. Der Norden gegen den Süden gehezt, der Krieg, ohne Mittel ihn zu führen, nun war „der Convent“, die Schreckensherrschaft, der Aufruhr, die allgemeine Verwirrung vor der Thür. Die Hoffnung ward getäuscht. Sämmtliche Mitglieder des Reichs-Ministeriums legten ihre Stellen nieder, weil nach ihrer Ueberzeugung der Beschluß vom 5. dem Vaterlande verderblich und unausführbar war. Die Mehrheit, welche den Beschluß gefaßt hatte, fand in zehn langen Tagen keine Männer, welche die Verwegenheit gehabt hätten, den Vollzug zu versuchen. Da erkannten nicht wenige redliche und verständige Männer, daß sie am 5. sich übereilt hatten. Am 16. beschloß die Versammlung, den Vollzug des Waffenstillstandes, so weit er nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern. — Die Fortschritt-Partei gerieth in namenlose Wuth, als sie das nahe gelaubte Ziel ihrer Begierden sich so plötzlich entrück sah. Sie beschloß, rasch den Schlag zu führen, der für die gelegnere Zeit des äußeren Krieges und der inneren Spaltung längst vorbereitet war. — Die Vorfälle des 16., 17. und 18. September in Frankfurt sind bekannt. Was sogenannte Volksmänner getrieben, um die Massen zur Gewaltthat zu reizen; was am Abende des 16. vor dem deutschen Hofe, und am 17. auf der Pfingstweide geredet worden; wie man am Morgen des 18. den Abzug der Truppen von der Paulskirche verlangt hat, so daß nun die Mörder ungestört, die Wände mit Blut hätten färben können; wie man später, als der Barrikaden-Kampf nicht glücken wollte, den Reichsverweser, die Minister, den Präsidenten bestürmte, um den tapferen Truppen den Sieg zu entwenden, den Aufrührern die Niederlage zu ersparen, den Mitherschworenen draußen den Muth zu erhalten, — das ist ebenfalls bekannt und wird durch die eingeleitete Untersuchung noch näher dargethan werden. Weithin war das Verschwörungsnetz gesponnen; an vielen Orten harrten die Genossen der Kunde von dem Erfolge in Frankfurt, um alsbald das Zeichen zum Bürgerkriege zu geben. Es kam die Kunde der Niederlage und der ewigen Schande, mit welcher sich die Aufrührer durch den an Auerwald und Lychnowski begangenen grausamen Mordmord vor den Augen der Nation gebrandmarkt hatten. Vergebens fiel Struve mit seiner Bande von der Schweiz her in das bairische Oberland ein, Freiheit, Wohlstand und Bildung verkündend, Mord und Plünderung abend. Eine Handvoll junger bairischer Reichstruppen stürmte ihr Nest, Barger und Bauern sungen den Händling und manche Genossen, mit Mühe nur konnten sie der Wuth des Volkes entrisen und den Händen der Gerichte überliefert werden. Vergebens erhob in Württemberg der ehemalige Fabrikant Nau von Gaisdorf die Fahne der Empörung. Je weiter er kam desto geringer ward sein Gefolge, die Befürworter wendeten dem Verführer den Rücken und von Allen verlassen, ward er ergriffen und auf den Abweg geführt. Ueberall zeigt die Nation ihren Abscheu vor dem verrätherischen Beginnen einer verworfenen Partei und zollt ihren Dank den Männern, welche das Vaterland vor den Gräueln der Rothen bewahrt haben. — Was thun dagegen die so genannten Volksmänner? Man lese die Ansprache der in den Clubs des deutschen und holländischen Hofes (Donnersberg) vereinigten Linken an das deutsche Volk! — und man wird staunen ob der Vermessenheit und Heuchelei, womit das Volk aufs Neue gegen die Mehrheit der Nationalversammlung gesetzt, und durch verbrauchte Lügen abermals verblendet werden soll. Der Waffenstillstand von Malmö wird abermals hervorgesucht, und der Beschluß der Nationalversammlung vom 5. Septbr. als der verheißende Verbote einer glücklichen Wendung der Dinge gepriesen. — Ja wohl, eine glückliche Wendung für diejenigen, welche das Unglück des Vaterlandes zu ihrem schönen Vortheil auszubenten gedachten! Eine glückliche Wendung, wenn der Norden von dem

Säben sich feindlich trennte, der Krieg von Außen und im Innern die Anarchie zur rothen Blüthe trieb! Aufs Neue bringen sie die alte Lüge, daß durch den Waffenstillstand die Herzogthümer aufgeopfert und in die alten Zustände schonungslos zurückgestoßen seien. Die Bewohner von Schleswig-Holstein wissen, und Jedermann weiß, daß kein Recht aufgegeben, kein Einfluß auf die Verwaltung des Landes den Dänen gestattet ist; daß die verlegenden Bestimmungen durch den Widerstand der Bevölkerung beseitigt sind und daß diese mit Vertrauen zu der Nationalversammlung und der Central-Gewalt und mit vollkommener Ruhe dem Frieden oder der Wiederaufnahme des Krieges, falls Dänemark ihn wagen sollte, entgegen sieht. Das wissen auch die sogenannten Volksmänner, und eben so wissen sie, daß das Verhalten Preßens in dieser Sache und dessen Verhältnis zur Centralgewalt überhaupt, Gegenstand einer Verhandlung ist, welche, wie die Nation hofft, zur Einigkeit und nicht mehr, wie schadenfrohe Feinde und Verräther wünschen, zum Bruche führen wird. Aber den so genannten Volksmännern ist es nicht um die Einheit und Freiheit, ihnen ist es um die Aufreizung der Masse zur Gewaltthat zu thun. In diesem edlen Zwecke wird gelogen und abermals gelogen, gewußt und abermals gewußt. Der Kampf auf den Straßen und hinter den Hecken ist verloren; der Mordmord hat nicht durchgeschlagen, der „Konvent“ ist im Blute von Auerswald und Lichnowsky erstickt. Die „vereinigte Linke“ in ihrer Ansprache an das Volk wählst sich ein anderes Feld. Sie langt zu Mißtrauens-Worfen gegen die Mitglieder der Mehrheit und verlangt neue Wahlen. Sie verlangt neue Wahlen, unter dem heuchlerischen Vorwande, neuen Thaten der Gewalt vorzubeugen, während doch jeder einsehen muß, daß gerade die Anregung neuer Wahlen geeignet ist, neue Gewaltthaten hervorzuheben. Den Aufruhr vom 18. September, der mißlungen ist, verleugnet man und beschönigt ihn zugleich, als unbedeutend, planlos, aus dem Drange des Augenblickes hervorgegangen; aber wer hat seit lange durch Wort und Schrift geschürt, und auf wen haben die Auf-rührer im Falle des Gelingens als Konvent und provisorische Regierung rechnen dürfen? Von der Ermordung zweier Abgeordneter schweigt die Ansprache. Der Vorfall ist ihr wohl zu unbedeutend, aus dem Drange des Augenblickes, nicht aus der Proporzionsliste hervorgegangen! Reaction! rufen die Heuchler, weil der Belagerungszustand die Erneuerung der An-griffe gegen die Nationalversammlung und der Mordscenen verhindert. Reaction ist ihnen die Herrschaft der Gesetze und die Bestrafung der Ver-brechen. Das deutsche Volk hat die sogenannten Volksmänner erkannt, sie stehen entlarvt vor ihm und es wendet sich von ihnen mit Entrüstung und Abscheu. Die Nation verlangt von ihren Vertretern, daß sie das Ver-fassungswerk vollenden, die Freiheit und Einheit des Vaterlandes begrün-den, damit das Wohl des Volkes gedeihe. Zu spät wendet sich die so-genannte vereinigte Linke an das von ihr so graunam getäuschte Volk. Zu früh haben Mitglieder dieser Partei ihren Jubel über einen geträumten Sieg ihrer Kotten kundgegeben. Zu früh berichteten Berliner Blätter unumwunden, daß Simon von Trier am 16. geäußert: es sei ihm ein Leichtes, Einige von der Rechten todtschlagen zu lassen. Zu früh meldet Baumgardner in einer Wiener Zeitung: nun sei es aus mit dem Reichs-verweiser und der Nationalversammlung. Zu früh hegte Minus in Schle-sien zum Morde. Zu spät steht endlich Blum's Reichstags-Zeitung, daß man die bei Strube gefundenen Papiere verbrennen und berühmte Männer nicht gefährden möge. Die Papiere werden der Nation gedruckt vorgelegt werden und sie wird daraus die Namen der Männer erfahren, welche die Banditen im badischen Oberlande zu ihren Hauptlingen erkoren haben. Ihr habt das Volk angesprochen, — ihr sogenannten Volksfreunde. Das Volk aber erkennt in euch seine gefährlichsten Feinde: es verabscheut eure Pläne und eure Waffen; es durchschaut euer Treiben und wird sich fortan durch eure schändlichen Künste nicht mehr berücken lassen.

Kiel, 6. Oktober. Gestern Abend zog ein Haufe von einigen zwanzig Handwerksburschen und eben so vielen Gassenbuben durch die hiesigen Straßen und brachte mehreren den hiesigen Republikanern mißliebigen Per-sonen, darunter dem Grafen Reventlow-Jersbeck und dem Herzoge von Augustenburg, Rakennüssen. Man kann diese Demonstration als den Schwanengesang der hiesigen republikanischen Partei, die in unserm Lande keinen Boden findet, betrachten. Selbst Nisshausen soll vor Kurzem in dem hiesigen Bürgerverein geäußert haben, an die Einführung der Repu-blik sei gegenwärtig nicht zu denken. — Die Verhandlungen der hiesigen Landesversammlung gehen ihren ruhigen Gang fort. Allgemein wird be-hauptet, daß, so wie die rechte Seite derselben sich in eine Rechte und ein rechtes Centrum getheilt hat, habe sich nunmehr auch die linke Seite in zwei Theile, nämlich eine Linke und eine äußerste Linke gespalten. Letztere soll unter Th. Nisshausen's Leitung aus 8—10 Mitgliedern beste-hen. Welchen Weg diese äußerste Linke einzuschlagen gedenkt, darüber ist man noch in Ungewißheit, es heißt aber, daß sie den Beschlüssen der Na-tionalversammlung in Betreff des Waffenstillstandes und den darauf be-ruhenden Anordnungen der Centralgewalt einen passiven Widerstand ent-gegenzusetzen wolle. (Hamb. Corresp.)

Oesterreich.

Wien, 6. Oktober. Unsere heutige Sturmbewegung nimmt einen sehr ernsthaften Charakter an. Das zur Herstellung der Ordnung herbei-gezogene Militair gab vor einer Stunde Feuer unter das Volk, auf dessen Seite sich aber alle jene Truppen schlugen, welche heute den Abmarsch ver-weigerten. Es mögen bei 20 bis 30 Todte geblieben sein. Das Volk kräftigt unterstützt von den Arbeitern hat 2 Kanonen und 4 Munitionswagen erbeutet. Die Truppen, welche auf Seite des Volkes stehen, feuerten auf ihre Kameraden. Unter den Gefallenen ist ein Stabsoffizier. Alles ist in Alarm. Der Landsturm, eine unübersehbare Menge Bauern, steht am jenseitigen Donauufer, unterstützt gleichfalls durch Militair. Alle Glocken stürmen. Wir glauben heute einen entschei-denden Tag zu erleben. Alles fordert laut die Absezung des Kriegsmini-sters. Zu einem Belagerungszustand dürfte es wohl heute, bei der sehr bedenklichen Stimmung des Militairs und dem energischen Einschreiten der Garde und Legion, nicht kommen; jedenfalls aber werden diese Vorfälle noch manches Menschenleben fordern. (Wof. 3.)

Der ungarische Landsturm bei Wieselburg und Raab hat sich auf-gelöst. Der Banus setzt also seinen Marsch ungehindert gegen die öster-reichische Gränze fort; und wird sich ohne Zweifel mit den daselbst stehen-den K. K. Truppen vereinigen. Die Bewegungen des Banus gegen die österreichische Gränze sind von höchster Wichtigkeit. Die Geschichte Oesterreichs steht an ihrem Wendepunkte. Das Slavenreich, die große

projektirte Slava, ist der Geburt ganz nahe. Die slavischen Farben wer-den in Pech, und wir fürchten es gewiß nicht ohne Grund, auch in unserem Wien einzuziehen. (?)

Wien, 7. Oktbr. Gestern ging keine Post von hier ab wegen des allgemeinen Aufruhrs, der hier herrscht. Schon um 6 Uhr des Morgens hatten sich Nationalgarden von Hundsturm mit einzelnen Legionärs in dem Nordbahnhofe eingefunden, Schienen abgebrochen, um die Abfahrt der mit dem Volke sympathisirenden Grenadiere (Grabowsky, Richter und Hess) zu verhindern. Diese waren nämlich zur Hilfe der Kroaten nach Pres-burg beordert und auf ihre Unzufriedenheit mit dieser Sendung wurde eben so wenig Rücksicht genommen, wie auf das Murren eines Italienischen Regiments, welches Tags zuvor dem ähnlichen Ziele zugeführt wurde. Als die besetzenden Offiziere sahen, daß die Abfahrt auf der Eisenbahn unmöglich gemacht sei, wollten sie die Truppen zu Fuß nach Gänserndorf führen, um sie von da an den Ort ihrer Bestimmung zu befördern; allein auch diesem Vorhaben widersetzte sich die anwachsende Nationalgarde; sie hemmte den Zug an der Laborbrücke durch eine Barrikade. Da man die Stimmung der Grenadiere von Seiten des Kriegsministeriums kannte, wurden mehrere Escadrons Kavallerie mit der Eskortirung beauftragt. Allein die Grenadiere gingen zur Nationalgarde über, diese riß ein Joch der Brücke weg und der Kavallerie blieb das Hinübersehen. Nun kam Nassau-Infanterie, endlich gegen 10 Uhr kamen sogar Kanonen, um das Geeignete vorzunehmen. Die akademische Legion rückte ebenfalls herbei, um nöthigenfalls der Nationalgarde zu helfen und nahm die gewagte, aber vortheilhafte Stellung auf dem Eisenbahndamme ein. So standen sich die Parteien gegenüber, bis die Arbeiter in geringer Zahl einen Pulverwagen und 4 Kanonen mit dem stillschweigenden Zuständnis der Artillerie in Beschlag nahmen. Hierauf formirte die Nassau-Infanterie einen Keil und gab auf Kommando nach dem Damm und nach der Brücke hin Feuer. Es wechselten rasch nacheinandersfolgende Detachments; Garde, Legion und befreundete Grenadiere behielten durch ihren Muth und ihre Tapferkeit ganz vollkommen entschieden die Oberhand und drängten und jagten das Militair in die Flucht. Der General Breda, der gegen das Volk kom-mandirte, wurde von einem Legionär vom Pferde herabgeschossen, als er seine Truppen zur Erstürmung des Walles führen wollte. Von Nassau blieben 20, von Nationalgarde und Akademikern 5 auf dem Platze. Die Zahl der Verwundeten ist noch nicht ermittelt. Die Sieger ziehen in die Stadt; die 2 Kanonen (2 wurden vernichtet) wurden auf dem Universitätsplatze aufgestellt; die Thore der Stadt wurden von der Legion und den Garden besetzt, die Sturmlocke geläutet und alle nöthigen Vorkehrun-gen von dem Studenten-, von dem eignes gebildeten Kriegs- und von dem Central-Comite der volksthümlichen Vereine getroffen.

1 Uhr. Eine Abtheilung der Wiener Nationalgarde rückt in die Stadt auf den Sieghausplatz und wird daselbst von Gardes des Karnth-ner Viertels durch Schüsse meuchlings angegriffen.

3 Uhr. Drei Compagnien Pioniere mit 4 Kanonen rücken in die Stadt durch das von Soldaten besetzt gebliebene Burghor; sie werden angegriffen und trotz dem heftigen Karätschenfeuer, das sie unterhalten, überwunden, zu Paaren getrieben und Viele von ihnen werden gefangen genommen, entwaffnet und auf die Universität gebracht. Während dieses Gefechtes werden in den verschiedenen Straßen Barrikaden gebaut, so zweckmäßig, als hätten die Erbauer in Paris studirt. Die Barricaden sind fortwährend mit bürgerlicher und Nationalgarden-Artillerie besetzt.

5—6 Uhr. Das Volk bemächtigt sich des Kriegsgebäudes und der daselbst befindlichen Kanonen, dringt in das Haus, sucht den in dem-selben versteckten Kriegsminister Latour, findet ihn und hängt ihn an einem Stallfenster auf, trotz der Abwehr durch einige Deputirte, durch Legionärs und Nationalgarden. Das Volk verlangte eine Sühnung für das viele unnöthig vergossene Blut. Die in der Wohnung des Kriegsministers vor-gefundenen Papiere wurden von der Menge in Beschlag genommen und auf die Universität gebracht. Auch der Justizminister Bach wurde gesucht, aber nicht gefunden. Ebenso verdankten Stadion, Neumann u. A. nur ihrem Versteck das Leben.

6 1/2 Uhr Abends. Von den versprengten Pioniers und noch an-deren Soldaten wurde das Kaiserl. Zeughaus, in welches sich Gardes ge-flüchtet hatten, besetzt; das Volk verlangt die Waffen aus denselben, die Besatzung weigert es; ein hartnäckiger Kampf beginnt; die Besatzung be-herrscht die Ringgasse durch ein anhaltendes Karätschenfeuer; viele Oefen fallen und es wächst der Grimm und die Erbitterung des Volkes, welches das Feuer nutz- und fruchtlos erwidert. Kanonen wurden von dem Volke herbeigeführt und mit diesen das Thor des Zeughauses erbrochen; auch von einer andern Seite noch, nämlich von der Schotterbastei wird das Zeughaus beschossen, aber vergebens; der Kampf dauert anhaltend bis heute 7 Uhr Morgens. Keine Vermittelung wird angenommen; von zwei Parlamentairs, die das Studenten-Comite schickt, wird Einer erschossen.

Heute 7 1/2 Uhr Morgens hat sich die Besatzung unter der Ver-bindung ergeben, daß das Zeughaus von akad. und Nationalgarde besetzt würde, und dieses geschah. Das waffenlose Volk wurde sofort bewaffnet. Viele Todte, deren Zahl bis jetzt noch nicht genau angegeben werden kann, fielen als Opfer des zwecklosen Kampfes. Die im Zeughaus befindlich gewesene Nationalgarde, gegen welche die Wuth des Volkes am heftigsten war, ist durch einen unbewachten unterirdischen Gang dem sicheren Verderben entgangen.

7 Uhr Abends. Eine Kommission wird ernannt als executive Ge-walt, meist aus Mitgliedern der Linken bestehend. Von Löbner wird der Antrag gestellt, daß an den Kaiser eine Adresse geschickt werde des Inhalts: daß er ein neues volksthümliches Ministerium bilde, in welchem von dem früheren nur Doblhoff und Hornborstl beibehalten werden können, daß Zellachich seiner Stelle als Gouverneur von Ungarn ensetzt und die letz-ten kaiserlichen Manifeste an die Ungarische Nation zurückgenommen wer-den; daß für alle bei den heutigen Vorfällen Beteiligigten die Amnestie ausgesprochen werde. Der Antrag wird angenommen und eine Deputation mit dieser Adresse an den Kaiser geschickt.

7 1/2 Uhr wird beschlossen auf den Antrag Rudlachs den Abgeordn. Scherzer zum provisorischen Oberkommandanten der Nationalgarde von Wien und seiner Umgebung zu ernennen, ferner den Inhalt des Kampfes bei dem Zeughause der Legion und der Garde an das Herz zu legen und an den Militairkommandanten Auersperg die Weisung zu schicken, daß jedes Einschreiten des Militairs zu unterbleiben habe.

8 Uhr wird beschlossen, unter allgemeinem Beifall des Hauses, die Legion mit frischer Munition zu versehen.

Deutschland.

Leipzig, 4. Oktober. Robert Blum läßt es sich sehr angelegen sein, seine Anhänger, die in den verhängnißvollen Septembertagen größtentheils verloren gegangen sind, wieder zu gewinnen. In unserem Tageblatt von gestern und heute wendet er sich mit Folgendem an die Wähler und Einwohner des VI. Wahlbezirks im Königreich Sachsen:

Berehrte Mitbürger! In gefährlichen Zeiten schließen sich Kampf- und Leidensgenossen inniger aneinander, als je; so auch die Mitglieder der Nationalversammlung zu Frankfurt. Eins in Wollen und Streben, Eins in Mitteln und Zwecken, Eins in Gesinnung und treuer Liebe zur Freiheit und zum Volke, Eins in Grundsätzen und Abstimmung — fühlt sie in diesen dringenden Zeiten mehr als je das Bedürfniß, auch Eins zu sein in ihrem Verkehre mit dem Volke. — Aus diesem Bestreben ist der nachfolgende erste gemeinsame „Bericht“ hervorgegangen, welchem in kurzen Zwischenräumen andere über alle wichtigen Erscheinungen und Ereignisse in der Nationalversammlung folgen sollen. In dem ich demnach auch meinen geehrten Mitbürgern diesen Bericht hiermit vorlege, zeichne ich mit achtungsvollem Grusse

Robert Blum

Frankfurt, den 30. September 1848.
 Aus dem „Bericht“ der im Klub des deutschen Hofes versammelten Mitglieder der Linken an ihre Wähler und das deutsche Volk“ heben wir nur Nachstehendes aus: „Neben diesen Bestrebungen für die Rechte und die Freiheit des Volkes hatten wir auch das andere große Ziel der deutschen Revolution — die Einheit Deutschlands — fest im Auge. Ueber die Nothwendigkeit einer starken und kräftigen Centralgewalt kann bei allen wahren Freunden des Vaterlandes kein Zweifel bestehen. Obgleich wir das Gesetz über die Centralgewalt, durch welches ein unverantwortlicher Reichsverweser, der die Beschlüsse der National-Versammlung zu vollziehen nicht verpflichtet ist, an die Sitze derselben gestellt wurde, bekämpfen mußten, so haben wir doch die Centralgewalt selbst, nachdem sie aus dem Willen der Mehrheit entstanden war, im Interesse der Einheit Deutschlands unterstützt. Wir haben sie unterstützt gegen den kühn sein Haupt erhebenden Partikularismus, unterstützt gegen eine unentschiedene und unentschlossene Mehrheit; unterstützt gegen ihre eigene Schwäche, hervorgerufen durch ein gänzlich unfähiges Ministerium.“ — Es ist eine schmeichelhafte Zumuthung für uns Leipziger, daß wir glauben sollen, der Herausgeber der Reichstagszeitung, welche Barrikaden und Meuchelmord nur deshalb verdammt, weil sie ihr Ziel nicht erreicht haben, der Herausgeber der Vaterlandsblätter, welche schon vor Monaten Deutschland mit der Barrikadenordnung bedrohten, der Gesinnungsgenosse der Redner auf der Pfingstweide, welche zu den Ereignissen des 18. September in demselben Verhältnisse stehen, wie der Zunder zu dem ausgebrochenen Brande; kurz, Robert Blum mit seiner Partei habe die Centralgewalt redlich unterstützt. Und auch gegen den Partikularismus behauptet er sie unterstützt zu haben, während man hört, seine Partei wolle sich dem Partikularismus hingeben, weil sie darin allein noch ihre Ansicht von der Freiheit verfechten zu können glaube. Robert Blum traut, wie man schon öfter zu bemerken Gelegenheit hatte, seinem Anhang große Urtheilslosigkeit zu. Aber solche grobe Widersprüche machen doch glauben, daß er selbst mit seiner Sache

auch die gewohnte Besonnenheit verloren habe, mit welcher er sonst für vorliegende Fälle die nächsten, und für den Augenblick auch besten Mittel zu finden wußte. (Deutsche Ztg.)

München, 4. Oktober. Gestern war Fürst Windischgrätz auf seiner Reise nach Italien hier. Im Theater wurde viel nach demselben gefragt; aber der Fürst scheint es vorgezogen zu haben, sich dem Publicum des Publikums zu entziehen. — Vorgestern mußte das Leben und Treiben auf der Festwiese eingestellt werden, indem den ganzen Tag ein nachtalter Regen in Strömen floß. Gestern wurde mit dem freundlich gewordenen Wetter auch die Wiese wieder sehr belebt. Plötzlich hörte man ein äußerst lebhaftes Hochrufen und bald sah man sich die Menschenmassen dicht um einen einzeln gefeierten Mann drängen und diesem überall hin folgen. Es war der König, welcher sich in Begleitung des Baron von der Tann eingefunden hatte. Unter ununterbrochenem Zuruf der versammelten Bürger, Schützen, Fremden u. konnte sich der König nur langsam weiter bewegen, unterhielt sich aber mit den ihm zunächststehenden Personen auf's Freundslichste. (D.-P.-A.-Z.)

Heute hatte der Verein für König und Vaterland hier selbst seine erste Sitzung im Saale des Herrn Gastwirths Plathe.

Nachdem die Versammlung eröffnet, die Vereins-Statuten vorgelesen, die Tendenz des Vereins näher erläutert und der Zweck der heutigen Versammlung auseinandergesetzt worden, wurde zur Wahl eines Präsidenten und Geschäftsführers geschritten, und einstimmig

- 1) der Herr Landschaftsrath v. Ploetz auf Stupow zum Präsidenten, jedoch auf seinen Wunsch nur provisorisch,
 - 2) der Herr Sekretair Bergin hier selbst zum Geschäftsführer
- erwählt. Die Wahl der Stellvertreter wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

Demnach wurde der Entwurf zu einer Geschäftsordnung vorgelegt und selbiger bis auf Weiteres als maßgebend angenommen.

Nachdem nun noch über mehrere gemeinnützige Gegenstände Rücksprache genommen, insbesondere wegen Herausgabe eines Lokablatte im Sinne des Vereins, auch der Armeebefehl des Generals Wrangel vom 17ten September verlesen und mit Enthusiasmus vernommen worden, wurde Sr. Majestät dem Könige ein dreifaches freudiges Lebehoch gebracht und auf Antrag des Mitgliedes, Schulzen Harnitz zu Nemitz, einstimmig beschlossen, dem gefeierten General Wrangel eine Dankadresse für sein kräftiges Auftreten gegen die Umtriebe der Demokraten zum Sturze aller gesetzlichen Ordnung zu übersenden und dies öffentlich bekannt zu machen.

Vor dem Schluß der Sitzung traten noch 26 neue Mitglieder aus der Stadt und Umgegend dem Vereine bei, und wurde festgestellt, daß die nächste Sitzung, so Gott will, am

Sonnabend den 21sten Oktober c., Nachmittags 1½ Uhr, hier selbst im Saale des Herrn v. Plathe stattfinden soll, wozu alle Freunde der Ordnung, des Königs und des Vaterlandes, welche dem Vereine beitreten wollen, insbesondere diejenigen Mitglieder, welche der heutigen Sitzung nicht beigewohnt haben, freundlichst eingeladen werden. Mitgliedskarten sind beim Sekretair Bergin zu erhalten.

Cammin, den 7ten Oktobr 1848. Der Vereins-Vorstand.

Central-Handwerker-Verein.

Da am vergangenen Mittwoch die Zahl der Mitglieder so gering war, so ist die Wahl eines neuen Vorstandes ausgesetzt worden, und wird dieselbe heute Mittwoch den 11ten Oktober, Abends 7½ Uhr, im Schützenhause stattfinden. Der Vorstand.

Offizielle Bekanntmachungen.

Holzverkauf.

In der Wussowischen Kämmerlei-Forst stehen aus dem Holzschlage des letzten Winters
 58½ Klafter kiefern Klobenholz,
 22 „ „ Knüppelholz,
 37½ „ „ Stubbenholz,
 zu den Taxpreisen zum Verkauf; die Klafter Kloben 3 Thlr., die Knüppel 2 Thlr., und die Stubben 1 Thlr. 22 Sgr.
 Die Anweisungen ertheilt der Stadthofmeister Ebert, No. 873 am Neuenmarkt.
 Stettin, den 5ten Oktober 1848.
 Die Oekonomie-Deputation des Magistrats.

Berlin-Stettiner Eisenbahn.

Im Laufe des 2ten und 3ten Quartals c. sind in den Personen-Wagen und den Restaurations-Lokalen der diesseitigen Bahn verschiedene Sachen gefunden worden.
 Die unbekanntenen Eigenthümer dieser Gegenstände fordern wir auf, ihr Eigenthums-Recht darauf binnen 4 Wochen gegen uns geltend zu machen, widrigenfalls solche zum Besten unseres Beamten-Pensions-Fonds werden verkauft werden.
 Bemerkt wird, daß unter diesen Gegenständen sich auch 1 Stuck mit silbernem Knopf und drei goldene Haarringe befinden.
 Stettin, den 8ten Oktober 1848.
 Direktorium.
 Rutscher. Rhades. Lenke.

Entbindungen.

Am 9ten Oktober, 8½ Uhr Abends, wurde meine Frau von einem Knaben glücklich entbunden.
 G. A. Golien.

Die heute Morgen 10 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Minna, geb. Wobig,

von einem gesunden Bächterchen, zeige ich hiermit, statt besonderer Meldung, ergebenst an.
 Pölig, den 9ten Oktober 1848.
 Gebeschus.

Todesfälle.

Gestern Abend starb hier im eben begonnenen sechsten Jahre unser lieber Richard.
 Berlin, den 9ten Oktober 1848.
 Bendemann, Regierungs-Rath.

Gestern Abend um ¾ auf 9 Uhr entriß mir der unerbitliche Tod meinen geliebten guten Mann, den Böttchermeister Adolph Theodor Dittmer, 40 Jahre alt. Allen Bekannten und Verwandten widme ich mit tiefbetäubtem Herzen diese traurige Anzeige.
 Die Beerdigung findet am Freitag, Nachmittags um 2 Uhr, im Trauerhause statt.
 Stettin, den 10ten Oktober 1848.
 Caroline Dittmer.

Gerichtliche Vorladungen.

Edictal-Citation.

Der Kleidermacher Julius Scholz in Berlin hat gegen den Reisediener Willenberg eine Klage auf Zahlung von 80 Thlr. für gelieferte Kleidungsstücke bei uns angestellt. Der r. Willenberg, welcher früher bei der hiesigen Zuckerfabrik servirt hat, seitdem aber ohne festen Aufenthalt ist und sich nur in Gasthöfen bald hier, bald in Berlin, bald anderwärts aufhalten soll, wird hiermit aufgefordert, sich in dem zur Beantwortung der Klage auf den 18ten Januar 1849, Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Referendarius v. Gostowski in unserem Gerichtshofe einzufinden und einzulassen, widrigenfalls derselbe zur Zahlung der 80 Thlr. und in die Kosten in contumaciam verurtheilt werden wird.
 Stettin, den 18ten September 1848.
 Königl. Land- und Stadtgericht.
 II. Abtheilung.

Auktionen.

Am 14ten Oktober d. J., Nachmittags 3¼ Uhr, sollen im neuen Königl. Pachhof-Gebäude 13 Fässer ha-

varirte gebörte Pflaumen und 2 Kisten Manna für Rechnung der Affuradeurs öffentlich verkauft werden.
 Stettin, den 3ten Oktober 1848.
 Königl. See- und Handels-Gericht.

Am 14ten Oktober d. J., Nachmittags 4 Uhr,

sollen im Königl. neuen Pachhof-Gebäude 9 Ballen havarirte Pomeranzen-Schaalen, 3 Ballen Curacao-Schaalen und 1 Ballen Citronen-Schaalen für Rechnung der Affuradeurs öffentlich verkauft werden.
 Stettin, den 3ten Oktober 1848.
 Königl. See- und Handelsgericht.

Bekanntmachung.

Am 13ten Oktober d. J., Morgens 9 Uhr, sollen auf dem hiesigen Marktplatz mehrere zum Kavalleriedienst nicht mehr geeignete königliche Dienstpferde gegen gleich baare Zahlung in Courant öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden, wozu Kaufliebhaber eingeladen werden.
 Pasewalk, den 7ten Oktober 1848.
 Schwemler, Major und Kommandeur.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Ein schon gebrauchter, noch guter Stuhlswagen mit Verdeck steht zum Verkauf auf der Eisengießerei in Grabow.

Mit einer Ladung vorzüglich schöner Stoppelbutter, in großen und kleinen Gebinden, Käse, Wurst, Grütze, Aepfel, hier an der Stadt angekommen, empfehle ich diese Gegenstände meinen geehrten Kunden und Gönnern zur geneigten Abnahme auf meinem Schiffe „Amicitia“ an der Baumbrücke, und verspreche die möglichst billigen Preise zu berechnen.
 P. Nissen aus Cappel.

